

Pressesammlung

So retten Sie Ihr Geld vor der Enteignung

Presseartikel und Informationen zu den Risiko-Themen:

- Krise des Bankensystems
- Abschaffung Bankgeheimnisses
- Steigende Staatsverschuldung
- Geldabwertung
- Steuerbelastung
- Gesetze die wichtig sind
- Rentenerwartung



Alles begann 2008 ...

Bankencrash 2008: „Wenn um Viertel vor Eins Merkel mich nicht mehr am Handy erreicht hätte, dann wäre es zu spät gewesen!“

Zitat Josef Ackermann; n-tv online



Franfurter Allgemeine
FAZ.NET

Wir hatten schon unsere Zelte abgebrochen.“ Kurz vor Öffnung der Börse in Tokio hätte man dann mitteilen müssen, dass die HRE geschlossen werde und der Einlagensicherungsfonds nicht einmal die Anleger entschädigen könne.



Ackermann weist darauf hin, dass das BMF (*Bundesfinanzministerium, die Red.*) seit Donnerstag Bescheid wisse. Er werde jetzt gehen und sein Institut darauf vorbereiten, dass morgen früh der Interbankenhandel zusammenbrechen werde.

Ackermann macht nochmal deutlich, dass es um das Überleben des Finanzsystems gehe.

Handelsblatt

Für Josef Ackermann ist die Sache eindeutig: „Zur Rettung der Hypo Real Estate (HRE) hat es keine Alternative gegeben.“ Die Rettung der HRE sei buchstäblich in „letzter Minute“ erfolgt. Kritik hagelte vor dem Untersuchungsausschuss, der Krise und Rettung der HRE durchleuchten soll, vor allem an der Politik.



Wie Merkel und Ackermann eine Bank retteten

Vor dem Untersuchungsausschuss hat Deutsche-Bank-Chef Ackermann geschildert, wie die Hypo Real Estate vor der Pleite bewahrt wurde. Ein Telefonat mit Bundeskanzlerin Merkel habe die Wende gebracht.



Was für ein Wochenende! Die Kanzlerin, Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) und die Verantwortlichen der deutschen Bankenwelt stehen unter Zeitdruck. Sie wissen: Ein Ergebnis muss her, bevor um zwei Uhr die Börse in Tokio öffnet. Andernfalls wird an den Finanzmärkten Panik ausbrechen. Schließlich gehört der Dax-Konzern HRE zu den Schwergewichten der deutschen Börse. Am späten Sonntagabend haben einige Medien bereits über den drohenden Kollaps des Unternehmens berichtet.

Das nächtliche Telefonat zwischen Josef Ackermann und Kanzlerin Angela Merkel hatte die Rettung der schwer angeschlagenen HRE in letzter Minute möglich gemacht. Ohne eine Rettung wäre die deutsche Bankenbranche am Montag, dem 29. September 2008, schrittweise komplett zusammengebrochen.

Der Bund und die Banken bürgen inzwischen mit mehr als 100 Milliarden Euro für die HRE. Die Bank wurde inzwischen verstaatlicht.

...und ging 2013 in Zypern weiter...

Steuerle • Wirtschaft • Sparer-Enteignung auch im Rest Europas? "Zypern hat fatale Signalwirkung"

WIRTSCHAFT



Schlange vor einer Bank auf Zypern. Müssen nach der Zwangsenteignung nun auch Sparer im Rest Europas um ihr Geld

Mittwoch, 27. März 2013

Sparer-Enteignung auch im Rest Europas? "Zypern hat fatale Signalwirkung"

Um Zypern zu retten, enteignet die EU erstmals reiche Bankkunden. Müssen Sparer im Rest Europas nun auch um ihr Geld zittern? Die EU wird nicht müde zu betonen, dass Zypern ein Sonderfall ist. Doch einige Politiker können sich eine Zwangsabgabe auf Bankeinlagen offenbar durchaus als neue Blaupause für die Lösung der Euro-Krise vorstellen.

Banken-Zwangsabgabe als Blaupause?

Auch die Aussagen einer Sprecherin von EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier dürften die Sparer verunsichert haben. Die Sprecherin hatte erklärt, laut einem Entwurf für die EU-Richtlinie zur Bankenrestrukturierung könnten künftig auch reiche Sparer mit Guthaben über dem EU-gesetzlich gesicherten Betrag von 100.000 Euro im Falle einer Bankenpleite herangezogen werden. Sie seien nicht vor einem Totalverlust geschützt.

<http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2013/12/57716/>

EU beschließt Enteignung der Sparer zur Banken-Rettung

Deutsche Mittelstands Nachrichten | 13.12.13, 17:14 | 25 Kommentare

Die EU hat sich in der Nacht auf einen Fahrplan zur Rettung von maroden Banken geeinigt. Den wichtigsten Beitrag werden künftig Bank-Kunden in Form einer zwangsweisen Enteignung zu leisten haben. Reicht das nicht für das Überleben, wird der Steuerzahler einspringen.

Die Einigung der EU-Unterhändler auf einen Fahrplan zur Banken-Rettung in Europa in der Nacht zu Donnerstag hat die bekannte Haftungs-Kaskade bestätigt: **Im Fall einer Schieflage werden zunächst die Anteilseigner und die „Gläubiger“ einer Bank zur Kasse gebeten.** Tatsächlich sind die Sparer die Gläubiger. Wenn eine Bank zusammenbricht, hat der Sparer seine Forderung an die Bank, nämlich ihm das Geld zurückzugeben, verloren. Daher **warn** **Jörg Asmussen vor einem zu komplizierten Verfahren:** Die Enteignung muss schnell gehen, weil sonst die Sparer versuchen könnten, ihr Geld abzuheben. Man wird den Enteigneten anbieten, ihr Bargeld in Anteile an der Bank umzuwandeln. Viele betrachten das als keine besonders attraktive Alternative.

Für Sparer (unter 100.000 Euro) wird gerne die **Einlagensicherung** als sichere Untergrenze genannt – doch diese Sicherheit kann nicht garantiert werden, denn es gibt keine grenzüberschreitenden Regelungen in der EU.

Sollte sich eine wankende Bank nicht über Aktionäre und Sparer retten können, dann soll der europäische Steuerzahler einspringen. Und zwar über den **ESM**. Das ist der einzige Fonds, der vorhanden ist.

Die Ankündigung, dass die Enteignung ab 2016 gelten werde, ist eine Nebelkerze: **Die Regel gilt bereits seit August, und zwar mittels EU-Verordnung.**

... mit dramatischen Auswirkungen auf Sparer

ABO SHOP AKADEMIE JOBS MEHR ▾ E-PAPER AUDIO APPS A

ZEIT ONLINE Suc

Politik Gesellschaft **Wirtschaft** Kultur ▾ Wissen Digital Campus ▾ Karriere Entdecken Sport Spiele mehr ▾

Zypern

Land gerettet, Bürger pleite

Finanziell ist Zypern aus dem Größten heraus, sogar die strenge Troika lobt Fortschritte. Aber für viele Menschen haben die Probleme gerade erst begonnen.

Droht das auch uns?

WELT N24 HOME LIVE TV MEDIATHEK POLITIK WIRTSCHAFT SPORT MEHR ▾

WIRTSCHAFT EURO-KRISE

Zypern nimmt den Sparern 5,8 Milliarden Euro

Von Florian Eder, Jochen Gaugele | Veröffentlicht am 16.03.2013 | Lesedauer: 4 Minuten



Jetzt geht es an die Ersparnisse. Menschen in Zyperns Hauptstadt Nikosia versuchen ihr Geld zu retten

Quelle: AP/dpa

Ein „plumper Schuldenschnitt“ sollte die griechische Ausnahme bleiben. Zur Rettung Zyperns müssen stattdessen Sparer verzichten – ein ganz neuer Vorschlag. Ob das die Finanzmärkte weniger ängstigt?

Die Bundesbank hält die Zwangsabgabe für sinnvoll, um ausufernde Staatsschulden und eine Staatspleite ohne ausländische Finanzhilfen zu verhindern: Eine solche Abgabe „entspreche dem Prinzip der Eigenverantwortung, nach dem zunächst die eigenen Steuerzahler für Verbindlichkeiten ihres Staates einstehen, bevor die Solidarität anderer Staaten gefordert ist“, schreibt die deutsche Notenbank in ihrem am Montag veröffentlichten Monatsbericht für



mit möglicher Zwangsabgabe als Maßnahme

<http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2014/01/58267/>

IWF: Schuldenkrise erfordert brachiale Maßnahmen

Deutsche Mittelstands Nachrichten | Veröffentlicht: 05.01.14, 23:07 | [51 Kommentare](#)

Eine neue Studie des IWF kündigt eine beispiellose Welle von Zwangs-Maßnahmen gegen die Sparer in Europa an. Die Schuldenkrise werde durch eine Mischung aus „Steuern auf Ersparnisse, Verluste der Steuerzahler durch Schuldenschnitte, Inflation, Kapitalverkehrskontrollen und anderen Maßnahmen der finanziellen Repression“ beendet. Die Politiker Europas werden aufgefordert, ihre Realitäts-Verweigerung aufzugeben und zu handeln.

Forderungen Genüge zu tun. Doch die Analyse von Reinhart und Rogoff zeigt: **Alle bisher bekannten Maßnahmen werden nicht ausreichen**, um die Schuldenkrise zu lösen.

Das IWF-Papier trägt den Titel: „Finanz- und Staatschulden-Krise: **Lektionen**, die wir aus der Vergangenheit gelernt haben – und solche, **die wir vergessen haben**“.

Die Kernaussage der schonungslosen Analyse: Die Lösung der europäischen Schuldenkrise wird durch **brachiale Maßnahmen** erfolgen. Die Idee, die europäischen Staaten könnten sich durch einen „Sparkurs“,

SCHULDEN-KRISE



Bundesbank stimmt Zwangsabgabe auf Sparguthaben zu

Deutsche Wirtschafts Nachrichten | Veröffentlicht: 22.01.14, 12:35 Uhr

Es wird ernst mit der Schulden-Steuer: Die Bundesbank greift überraschend den Vorschlag des IWF für eine 10-prozentigen Zwangsabgabe auf Sparguthaben auf und erklärt, dass eine solche Steuer in „absoluten Ausnahmesituationen“ erhoben werden könnte. Damit wird deutlich: Die Euro-Retter planen weitreichende Eingriffe in die privaten Vermögen, um die Schulden-Krise zu beenden.

Share 95%

Twittern

G+ XING

Teilen

DAMIT DIE ZUKUNFT DER DWN LANGFRISTIG GESICHERT IST, MÜSSEN WIR REAGIEREN.
Unterstützen Sie uns mit Ihrem Abo.



...und das Bankgeheimnis?

mdr **AKTUELL**
NACHRICHTEN

RADIO

Startseite ▾ Politik ▾ Wirtschaft Ratgeber Vermischtes ▾ Kontakt ▾ Ser...

MDR.DE > Nachrichten > Politik > Inland

Prüfung von Privatkonten 🔊 Vorlesen

Deutsches Bankgeheimnis endgültig abgeschafft

Die Behörden fragen immer häufiger Kontodaten von Privatpersonen ab. Innerhalb eines Jahres stieg die Zahl der Abfragen um 83 Prozent und es dürften künftig wohl noch mehr werden. Denn Ende Juni trat ein Gesetz zur endgültigen Abschaffung des Bankgeheimnisses in Kraft - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt. Für Behörden ist es nun noch einfacher, Bankdaten der Steuerzahler zu erfassen.



Und die Zahl der Abfragen wird vermutlich noch deutlich steigen. Hintergrund ist die komplette Abschaffung des fast 400 Jahre alten Bankgeheimnisses im Steuerrecht. Das ist seit dem 25. Juni 2017 in Kraft, nach der entsprechenden Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt.

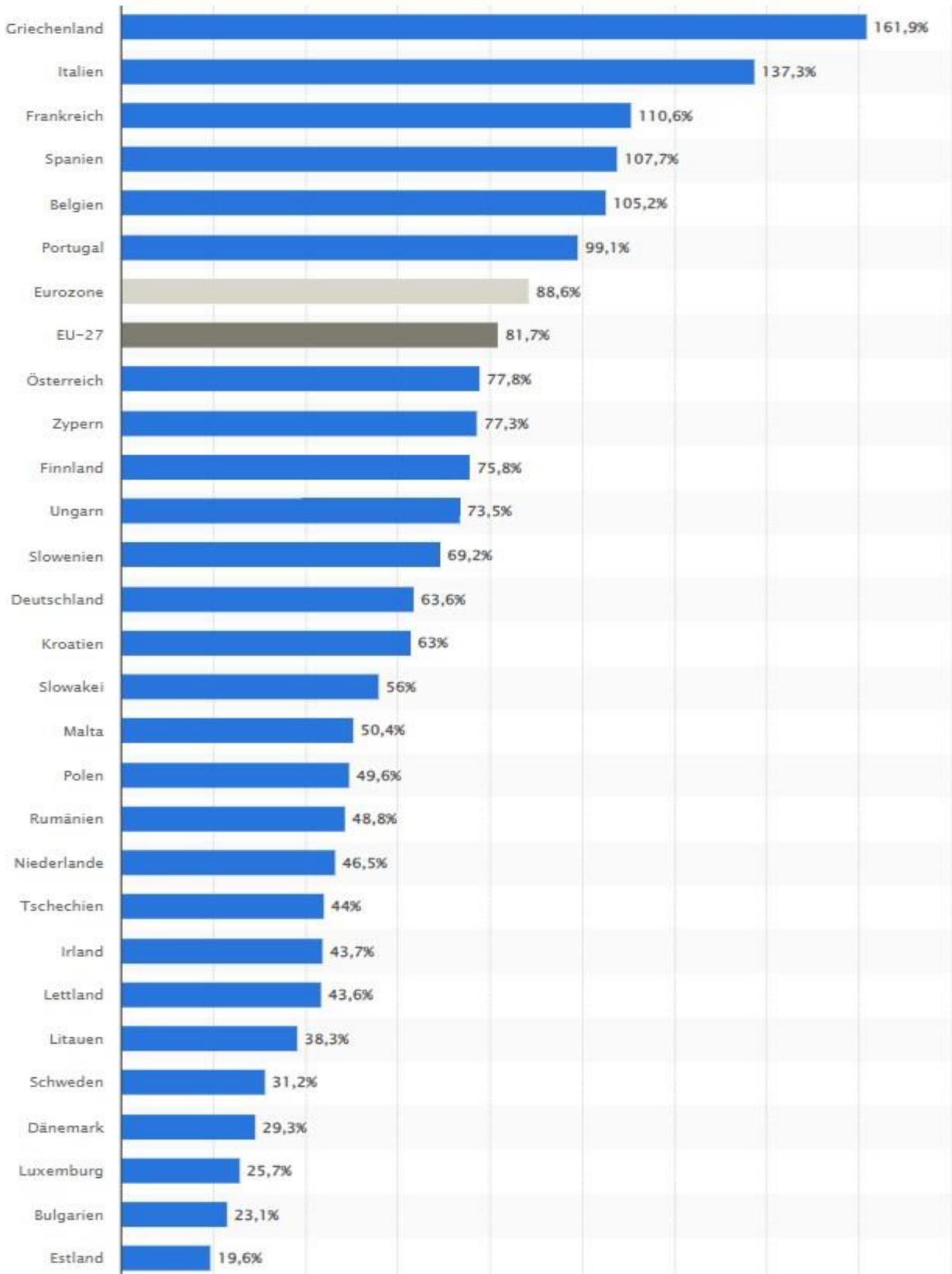
Unter der Bezeichnung "Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz" sorgen die neuen Regelungen dafür, dass Finanzbehörden ungehinderten Zugang zu Privatkonten haben und diese auch ganz allgemein überwachen können. So können nun wahllos alle Daten und Kontobewegungen erfasst werden, ohne dass die Betroffenen davon erfahren.

Der Bundestag hatte Ende April und der Bundesrat Anfang Juni dem Gesetz zugestimmt. Vordergründig soll es dabei um die Bekämpfung von Steueroasen, das Verhindern von Geldwäsche sowie den Kampf gegen Terrorismus gehen.



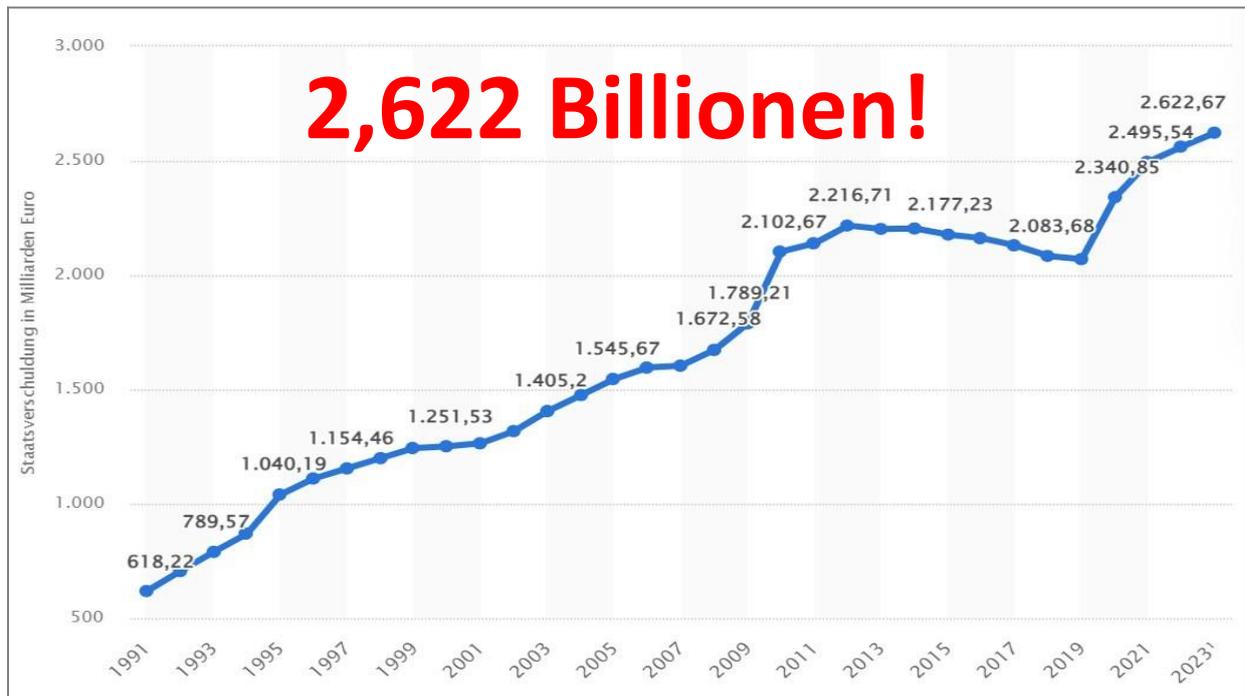
Staatsverschuldung – Europa

Europäische Union: Staatsverschuldung in den Mitgliedstaaten im 4. Quartal 2023 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ^{1 2 3}



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163692/umfrage/staatsverschuldung-in-der-eu-in-prozent-des-bruttoinlandsprodukts/>

Staatsverschuldung Deutschland



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/162986/umfrage/entwicklung-der-staatsverschuldung-in-deutschland/>

Seit 1991 haben sich unsere Schulden vervierfacht.

Das ist nicht alles!

Mit Pensionszusagen der Beamten kommt ca.

die gleiche Summe noch einmal dazu!



Quelle: statista Schätzung IW Köln, Quellen Bundesministerium der Finanzen, Stand 2019

Wo hat Deutschland Schulden – Wem gehört Deutschland? Erfahren Sie mehr:

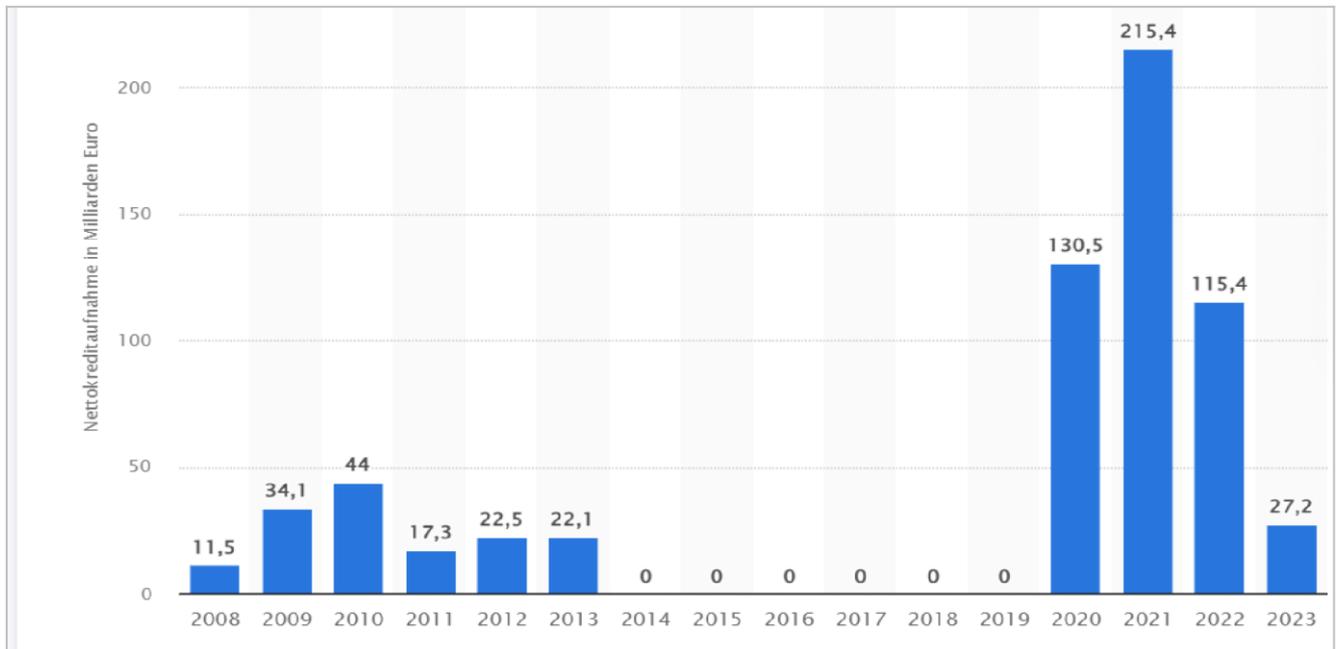


Gefahr für die Währung?

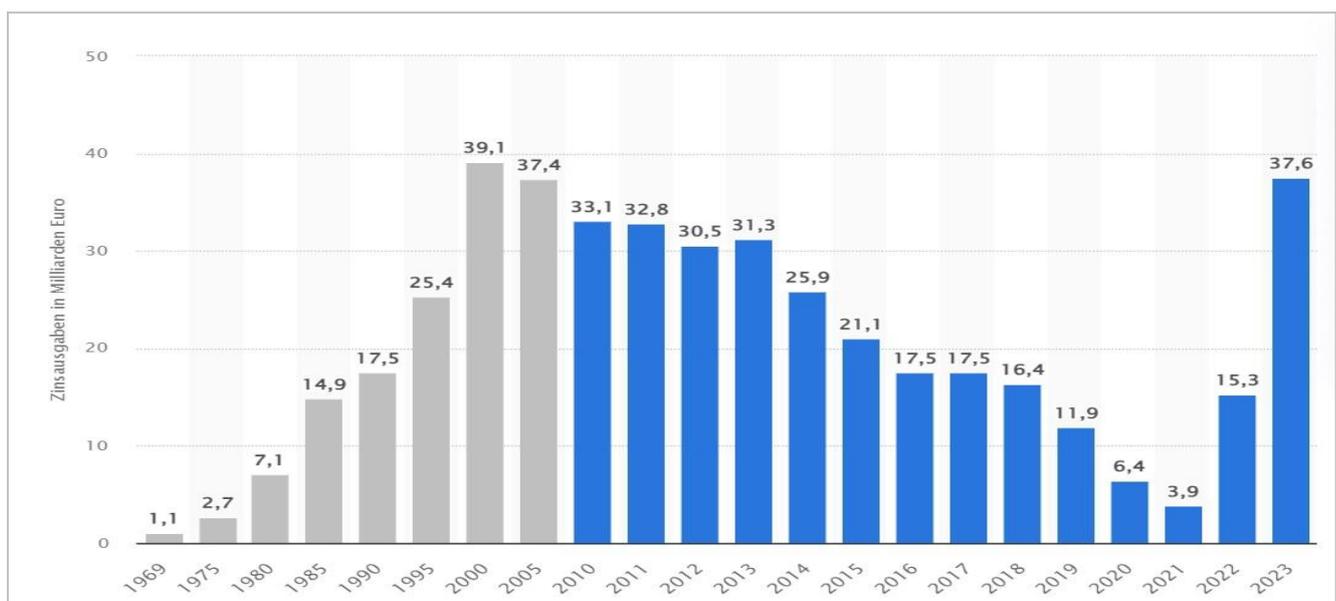
Nettokreditaufnahme und Zinsausgaben

Nettokreditaufnahme des Bundes von 2008 bis 2023

(Ist-Werte in Milliarden Euro)

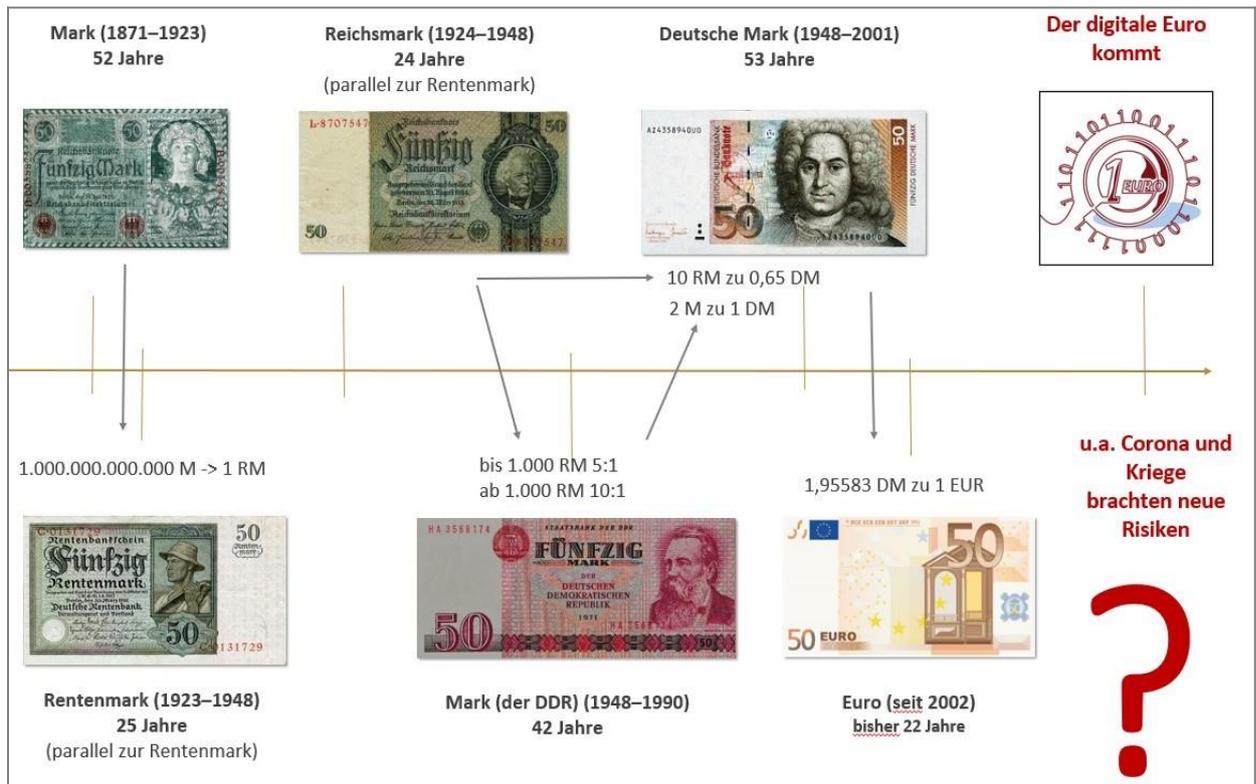


Zinsausgaben des Bundes von 1969 bis 2023(in Milliarden Euro)



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157800/umfrage/entwicklung-der-zinsausgaben-desbundes-seit-1969/>

Deutsche Währungen im historischen Verlauf



Vorbereitung für die Einführung der D-Mark
Zum Mitschnitt vom ZDF geht es hier:



Entgegen Papiergeld hat Gold den Wert gesichert

20 Mark: Goldmünze 7,16 g	20 Reichsmark: Schein
	
Wert heute: 530,- Euro	Wert heute: 0,80 Euro
5 deutsche Währungen hat die Goldmünze bereits überlebt.	

Alle neuen Währungen machten die Menschen deutlich ärmer!

Was bringt der digitale Euro



Flossbach von Storch
RESEARCH INSTITUTE

🏠 [Forschung](#) ▾

[Studien](#)

12.09.2023 - Studien



Der digitale Euro: Eine (wahrscheinlich) vertane Chance



Eine Digitale Europäische Zentralbankwährungen – der digitale Euro – könnte elektronische Banküberweisungen ersetzen und eine umfassende Reform des Fiat-Kreditgeldsystems einleiten. Dieses System hat den enormen Anstieg der privaten und öffentlichen Verschuldung begünstigt und war die Quelle vieler Währungs- und Finanzkrisen im letzten halben Jahrhundert.

Deshalb schlagen wir in diesem Papier eine Währungsreform im Euroraum vor, bei der die Einführung des digitalen Euro mit dem Chicago-Plan von 1933 kombiniert wird. Wegen politischer Widerstände - geschürt von Sonderinteressen - ist es jedoch unwahrscheinlich, dass die Einführung eines digitalen Euro als Chance zur Stärkung der Architektur des Euro und zum Abbau der Staatsverschuldung genutzt wird.

Autor:



Thomas Mayer
Gründungsdirektor

Ehemals Chefvolkswirt der Deutsche Bank Gruppe und Leiter von Deutsche Bank Research. Zuvor bei Goldman Sachs, Salomon Brothers, Internationaler Währungsfonds und Institut für Weltwirtschaft in Kiel. Seit 2003 CFA-Charterholder, seit 2015 Honorarprofessor der Universität Witten-Herdecke.

Quelle: <https://www.flossbachvonstorch-researchinstitute.com/de/studien/der-digitale-euro-eine-wahrscheinlich-vertane-chance/>

Chinesische Verhältnisse nicht geplant

Quelle: Zitate aus: [„e-Yuan“: China hat neue staatliche Digitalwährung – mit deutlichen Vorteilen \(fr.de\)](#)

Frankfurter Rundschau

Startseite > Politik

China hat neue staatliche Digitalwährung – mit deutlichen Vorteilen für die Regierung

13.06.2021, 06:37 Uhr
Von: [Fabian Kretschmer](#)

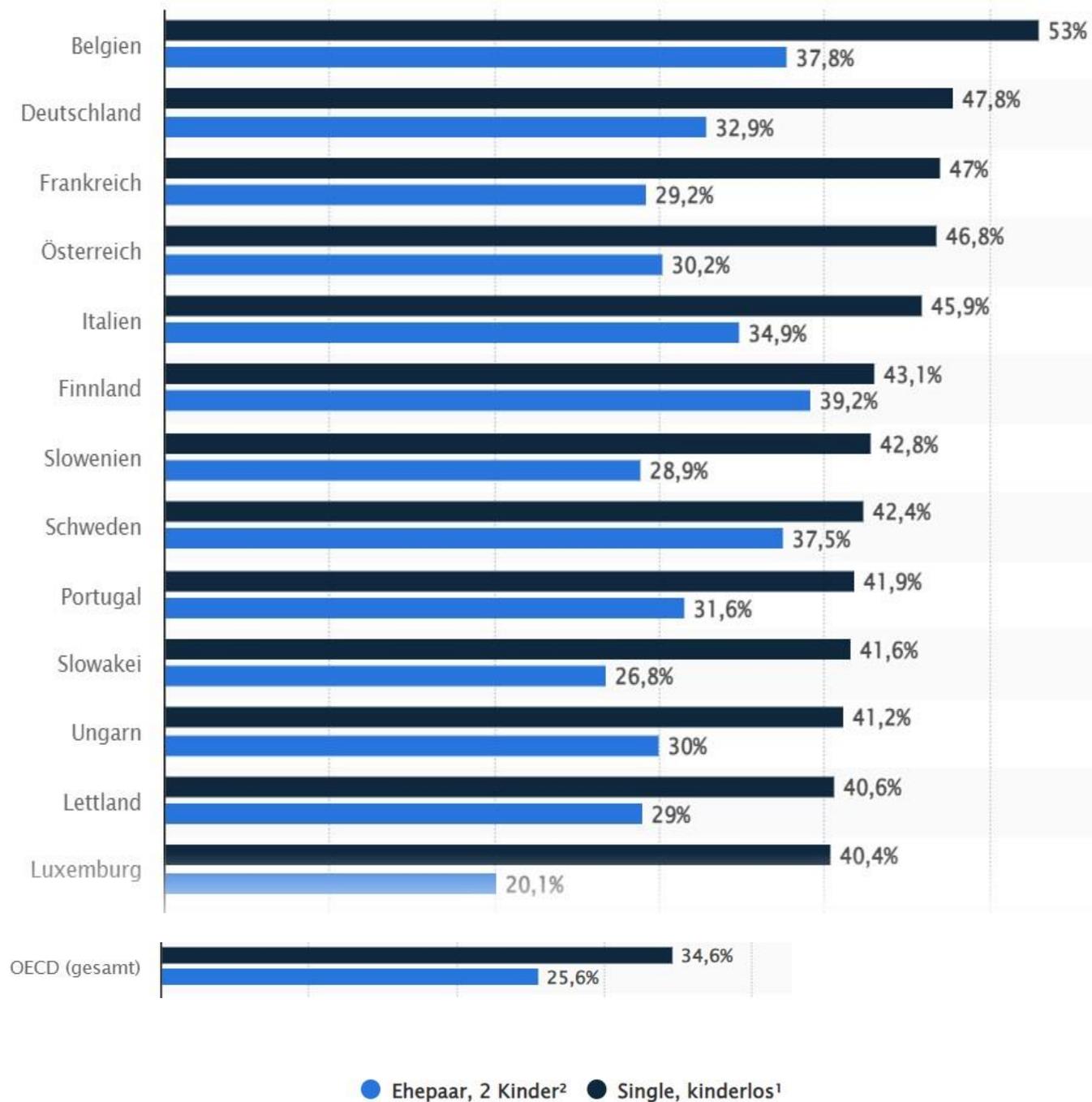
Für die chinesische Regierung hingegen ist die Digitalwährung geradezu revolutionär: Denn sie kann damit jede Transaktion überwachen – und könnte auf diesem Wege Steuerhinterziehung, Korruption und Terrorfinanzierung praktisch unmöglich machen.

Gleichzeitig eröffnet die neue Währung auch für die Wirtschaftsplanenden ganz neue Möglichkeiten. Einzelne Zahlungen lassen sich zweckgebunden programmieren. Wenn also beispielsweise eine Lokalregierung zur Belebung der örtlichen Gastwirtschaft Subventionen zahlt, dann aktiviert sich die Geldsumme nur, wenn der entsprechende Rezipient oder die Rezipientin sie auch für den vorgesehenen Zweck ausgibt. Ebenfalls lassen sich Geldsummen mit einem zeitlichen Ablaufdatum versehen – ein praktisches Mittel für Regierungen, um den Binnenkonsum anzukurbeln.

Erfahren Sie mehr, welche Auswirkungen in China u.a die digitale Währung haben kann.



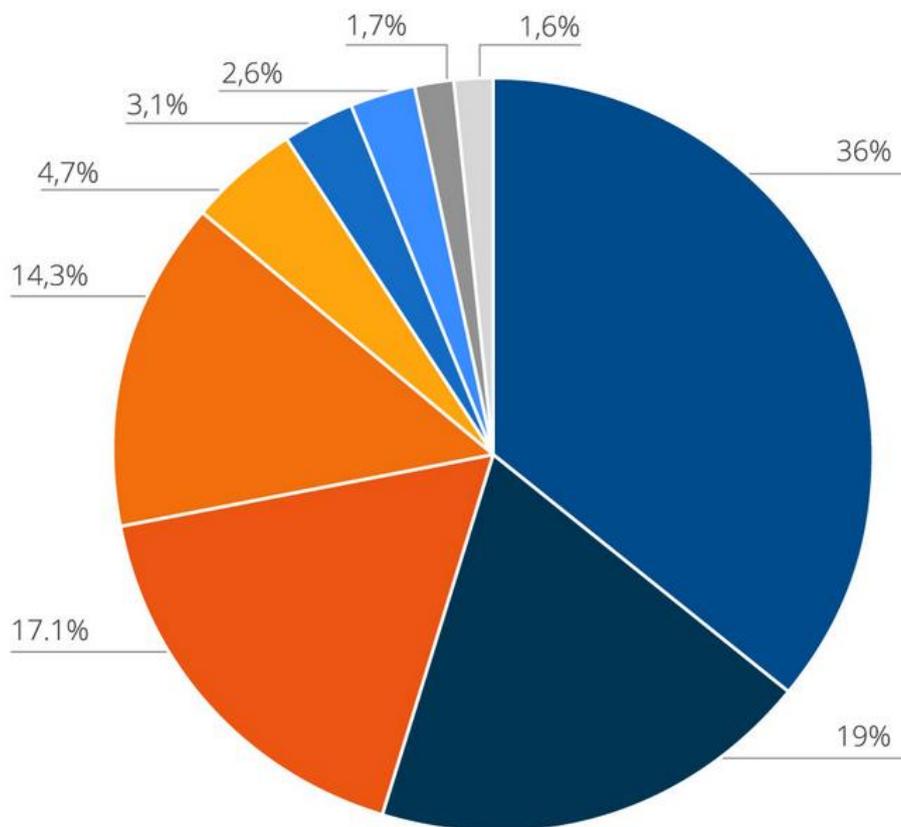
Deutschland bei Abgaben und Steuern ganz vorn dabei



Anteil von Steuer- und Sozialabgaben an den Gesamtarbeitskosten für Durchschnittsverdiener in den OECD-Ländern im Jahr 2022 nach Familienstand.

Quelle: [Steuer- und Sozialabgaben in den OECD-Staaten nach Familienstand 2022](#) | Statista

So viele Abgaben und Steuern zahlen Deutsche in ihrem Leben



*Durchschnitt für Frauen und Männer, Lebenserwartung 81 Jahre

■ Einkommensteuer + Solidaritätszuschlag	€293.247
■ Mehrwertsteuer	€154.416
■ Krankenversicherung	€139.390
■ Rentenversicherung + Pensionsabzüge	€116.189
■ Energiesteuer	€38.047
■ Pflegeversicherung	€24.973
■ sonstige Steuern	€20.987
■ Tabak-/ Alkohol-/ Wettsteuern	€13.973
■ Arbeitslosenversicherung	€12.990
Gesamtsumme Steuern + Abgaben	€814.212

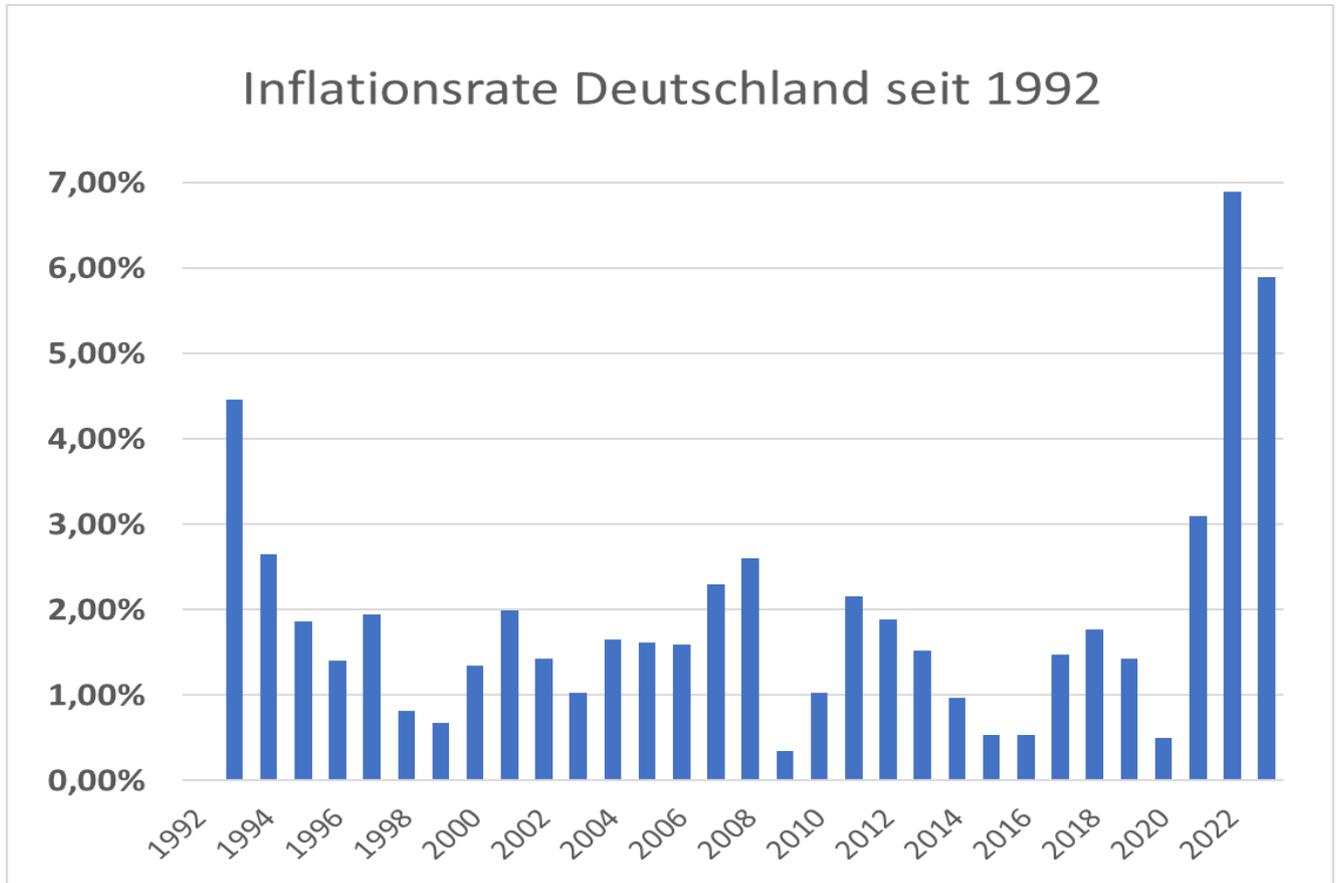
Quellen: IW-Report 7/2022, Dr. Martin Beznoska; Statistisches Bundesamt; WeltSparen Berechnungen | Grafik: WeltSparen

Quelle: [Steuern: Unter dem Strich bleibt ein Plus - experten Report](#)

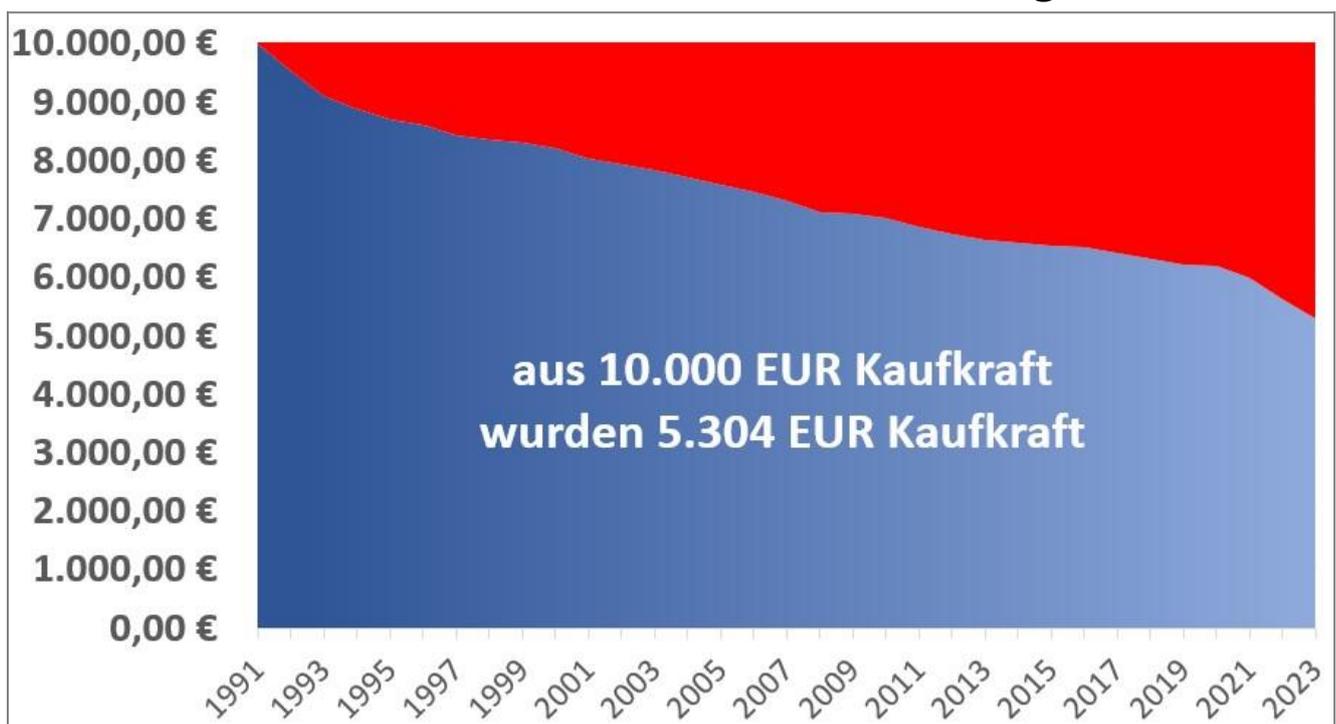
Inflation -> Geldentwertung und Geldvernichtung

Quelle: <https://www.bundesfinanzministerium.de/>

Die unterschätzte „Steuer“

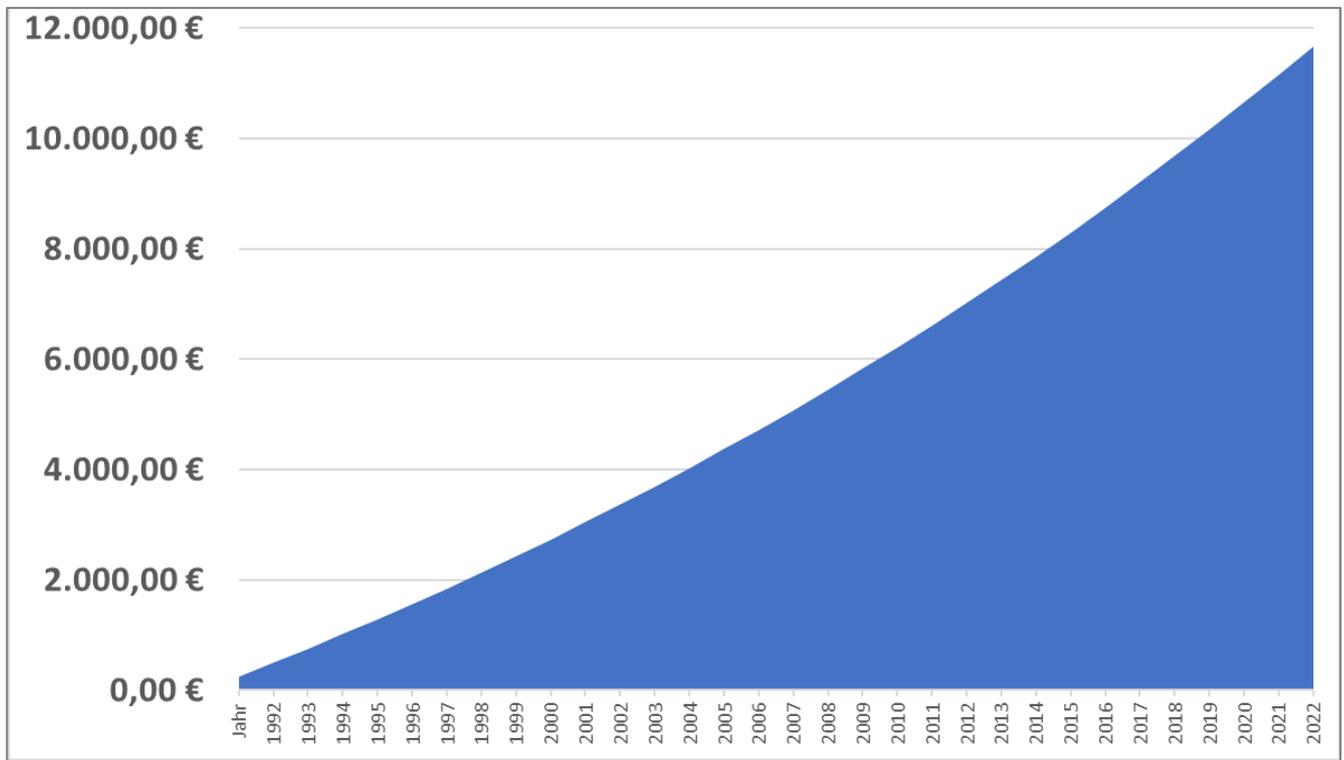


Fast die Hälfte des Wertes hat die Inflation gekostet

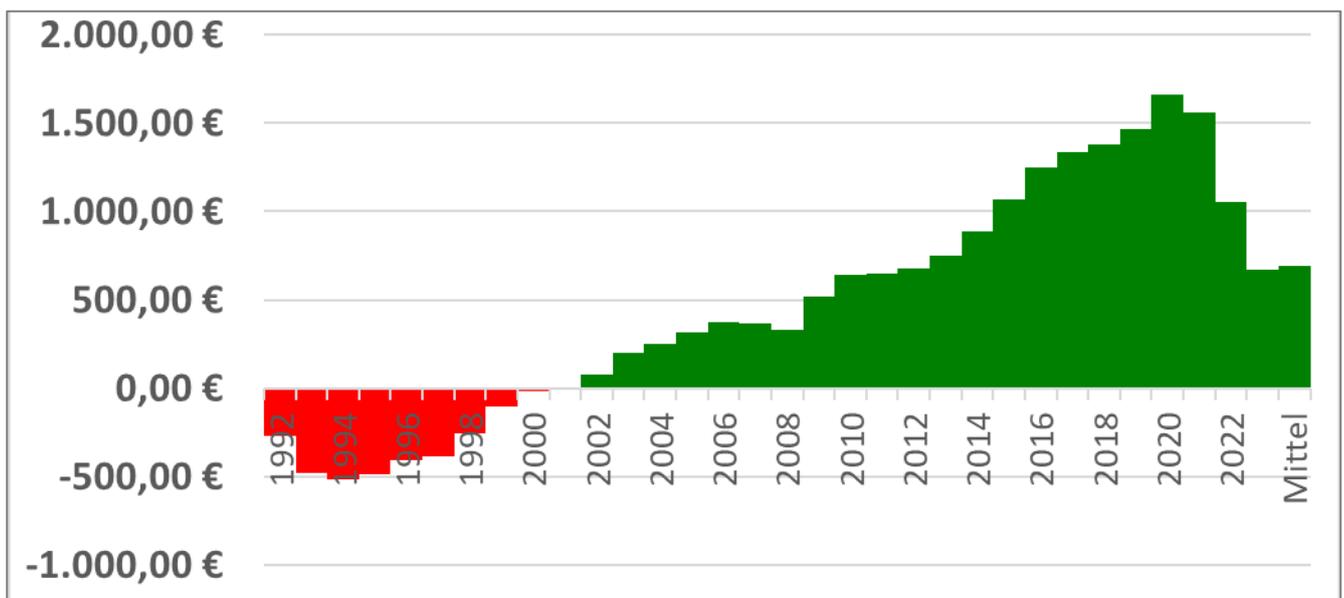


Notwendiger Netto-Ertrag einer Geldanlage für den Werterhalt

Wertzuwachs nach mit 3% Zins/Gewinn und 26,375% Gewinnsteuer und 30% Teilfreistellung **ohne Inflation**, Investition 10.000 €



Echter Wertzuwachs **nach Inflation** und 3% Gewinn, inkl. Gewinnsteuer, Investition 10.000 €



6% sollte das Ziel sein, um die Inflation sicher zu schlagen

Gesetze, die für Ihr Geld wichtig sind

Lastenausgleichsgesetz

Zitate aus Artikel: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/703233/Gesetzesänderungen-ab-2024-Kommt-ein-neuerLastenausgleich>

Gesetzesänderungen ab 2024: Kommt ein neuer Lastenausgleich?

DEUTSCHE WIRTSCHAFTSNACHRICHTEN

EINE PUBLIKATION DER VERLAGSGRUPPE BONNIER

Das Grundgesetz (GG) regelt in Artikel 14 das Eigentum und besagt, dass Eigentum zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen sollte. Demnach ist eine Enteignung nur zum Wohle der Allgemeinheit erlaubt. Weiterhin steht im Artikel 106 des GG, dass der Ertrag der Finanzmonopole dem Bund zusteht, einschließlich der Ausgleichsabgaben für einen möglichen Lastenausgleich.

Die Grundlage für einen Lastenausgleich wurde bereits beschlossen!

Besorgnis bereitet die zum 12. Dezember 2019 **beschlossene Änderung im Lastenausgleichsgesetz** von 1952. Eine Änderung, die auf den ersten Blick nur schwer als solche zu erkennen ist. Die Anpassung erfolgte nämlich in **Artikel 21** des Gesetzes zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts (SozERG), auf den das Lastenausgleichsgesetz sprachlich verweist. Das Wort „Kriegsopferfürsorge“ wurde durch „Soziale Entschädigung“ ersetzt. Die Änderung tritt ab dem 01.01.2024 in Kraft.

Doch warum diese Änderung? Können die Kosten der Pandemie oder auch der Klimapolitik unter dem Stichwort „Kriegsopferfürsorge“ als Lastenausgleich im Lastenausgleichsgesetz geltend gemacht werden? Natürlich nicht!

Lastenausgleichsgesetz

...

Doch warum diese Änderung? Können die Kosten der Pandemie oder auch der Klimapolitik unter dem Stichwort „Kriegsopferfürsorge“ als Lastenausgleich im Lastenausgleichsgesetz geltend gemacht werden? Natürlich nicht!

Die Änderung der Begrifflichkeit zu „Soziale Entschädigung“ könnte insofern darauf hindeuten, dass die Regierung in Erwägung zieht, diese Kosten und andere Herausforderungen ab 2024 im Rahmen eines Lastenausgleichs geltend zu machen. Denn dafür bestünde durch die Änderung des SozERG ab 2024 eine völlig neue Grundlage.

Für Vermögensbesitzer könnte dies eine versteckte Gefahr bedeuten! Zwar ist derzeit noch unklar, ob es tatsächlich zu einem Lastenausgleich kommt und wie dieser aussehen könnte. Verbraucher sollten die Diskussion jedoch aufmerksam verfolgen, um mögliche finanzielle Auswirkungen zu erkennen und Verlusten vorzubeugen.



Kommt 2024 ein neuer Lastenausgleich? (Foto: iStock.com/artisteer)

§314 Versicherungsaufsichtsgesetz



Dejure.org

<https://dejure.org/gesetze/VAG/314> ▾

§ 314 VAG - Zahlungsverbot; Herabsetzung von Leistungen

WEB (1) 1 Ergibt sich bei der Prüfung der Geschäftsführung und der Vermögenslage eines Unternehmens, dass dieses dauerhaft nicht mehr imstande ist, seine Verpflichtungen zu ...

§ 314

Zahlungsverbot; Herabsetzung von Leistungen

(1) ¹Ergibt sich bei der Prüfung der Geschäftsführung und der Vermögenslage eines Unternehmens, dass dieses dauerhaft nicht mehr imstande ist, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die Vermeidung des Insolvenzverfahrens aber zum Besten der Versicherten geboten erscheint, so kann die Aufsichtsbehörde das hierzu Erforderliche anordnen, auch die Vertreter des Unternehmens auffordern, innerhalb bestimmter Fristen eine Änderung der Geschäftsgrundlagen oder sonst die Beseitigung der Mängel herbeizuführen. ²Alle Arten von Zahlungen, besonders Versicherungsleistungen, Gewinnverteilungen und bei Lebensversicherungen der Rückkauf oder die Beleihung des Versicherungsscheins sowie Vorauszahlungen darauf, können zeitweilig verboten werden. ³Die Vorschriften der Insolvenzordnung zum Schutz von Zahlungsabrechnungssystemen, Wertpapierliefer-systemen und Wertpapierabrechnungssystemen sowie von dinglichen Sicherheiten der Zentralbanken und von Finanzsicherheiten sind entsprechend anzuwenden.

(2) ¹Unter der Voraussetzung nach Absatz 1 Satz 1 kann die Aufsichtsbehörde, wenn nötig, die Verpflichtungen eines Lebensversicherungsunternehmens aus seinen Versicherungen dem Vermögensstand entsprechend herabsetzen. ²Dabei kann die Aufsichtsbehörde ungleichmäßig verfahren, wenn besondere Umstände dies rechtfertigen, insbesondere, wenn bei mehreren Gruppen von Versicherungen die Notlage des Unternehmens mehr in einer Gruppe als in einer anderen Gruppe begründet ist. ³Bei der Herabsetzung werden, soweit Deckungsrückstellungen der einzelnen Versicherungsverträge bestehen, zunächst die Deckungsrückstellungen herabgesetzt und danach die Versicherungssummen neu festgestellt; ist dies nicht möglich, werden die Versicherungssummen unmittelbar herabgesetzt. ⁴Die Pflicht der Versicherungsnehmer, die Versicherungsentgelte in der bisherigen Höhe weiterzuzahlen, wird durch die Herabsetzung nicht berührt.

(3) Die Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2 können auf eine selbständige Abteilung des Sicherungsvermögens (§ [125](#) Absatz 6) beschränkt werden.

Gesetzliche Rentenversicherung



Mehr zum Thema „Der Irrtum mit der gesetzlichen Rente“ finden Sie hier:



Zuverdienst und Rente – mehr dazu hier:
Wenn der Staat das letzte Geld von Rentnern nimmt



Gesetzliche Rentenversicherung

Zitate aus Artikel: [45 Beitragsjahre: Jeder Fünfte mit unter 1.200 Euro Rente - ZDFheute](#)



ZDF

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/rente-altersrent...>

45 Beitragsjahre: Jeder Fünfte mit unter 1.200 Euro Rente

WEB 22. Juli 2024 · Rund jeder Fünfte mit mindestens 45 Versicherungsjahren kommt in Deutschland lediglich auf eine **Rente** unter 1.200 Euro. Dabei schließen die ...

Nach 45 Versicherungsjahren

Jeder Fünfte mit unter 1.200 Euro Rente

22.07.2024 | 14:29



Rund jeder Fünfte mit mindestens 45 Versicherungsjahren kommt in Deutschland lediglich auf eine Rente unter 1.200 Euro. Dabei schließen die Durchschnittrenten im Westen besser ab.



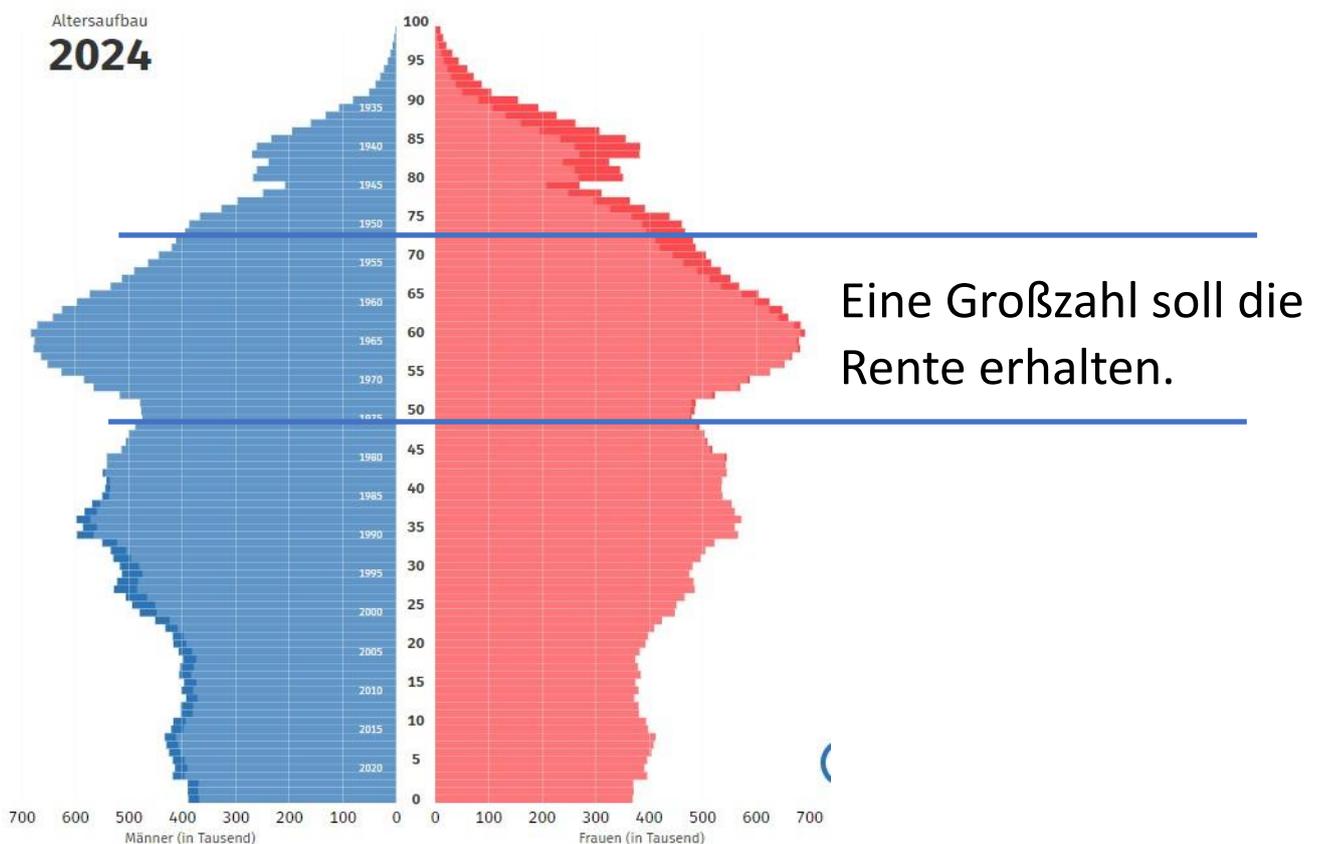
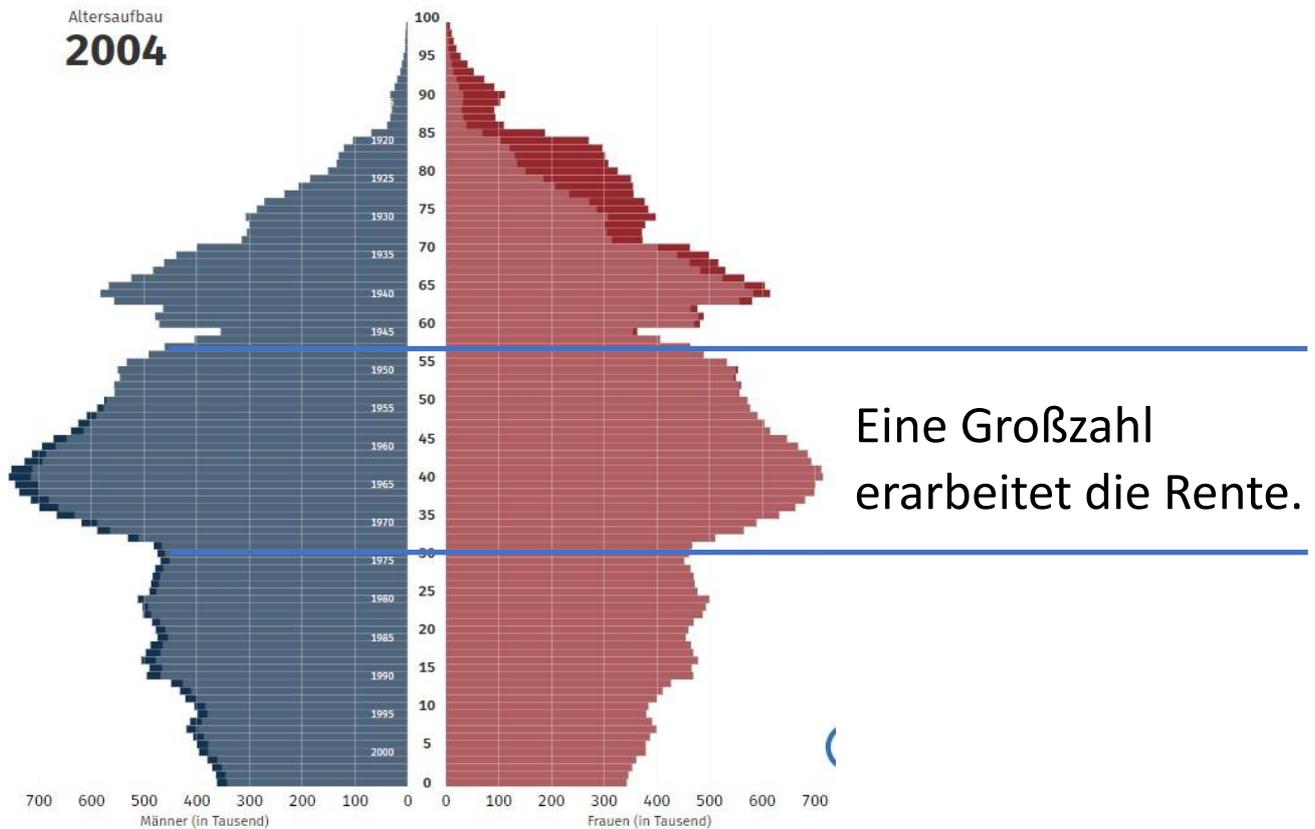
Jeder fünfte Rentenbezieher erhält nach 45 Verischerungsjahren unter 1.200 Euro.

Quelle: dpa

Gesetzliche Rentenversicherung

Kann das die arbeitende Gesellschaft leisten?

Vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben



Rentenbeitrag rauf oder Rente runter?

Gesetzliche Rentenversicherung

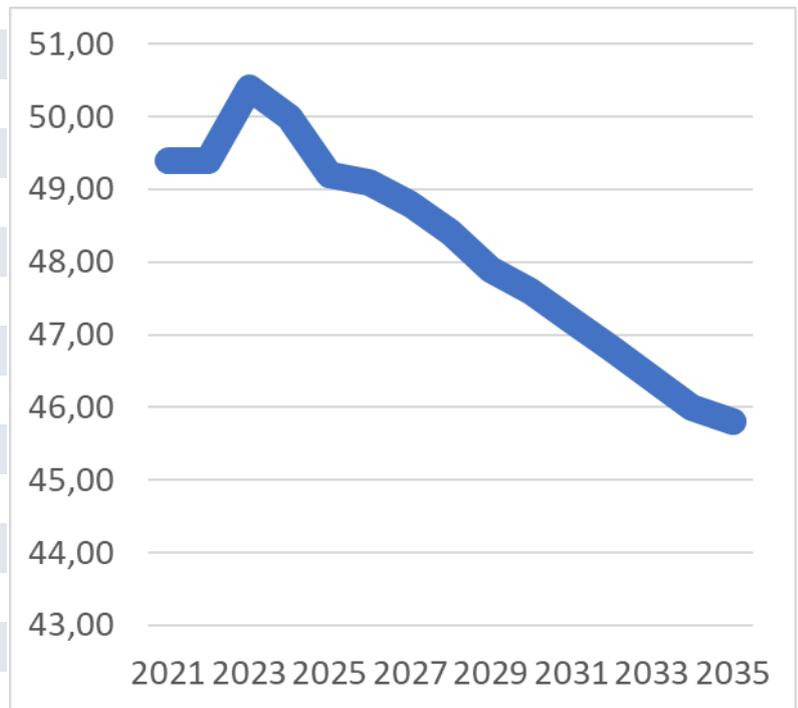
Kann das die arbeitende Gesellschaft leisten?

Quelle: [FAQs | Rentenniveau | Deutsche Rentenversicherung \(deutsche-rentenversicherung.de\)](#)

Rentenentwicklung laut Rentenbericht 2021 der Bundesregierung:

2021	49,40
2022	49,40
2023	50,40
2024	50,00
2025	49,20
2026	49,10
2027	48,80
2028	48,40
2029	47,90
2030	47,60
2031	47,20
2032	46,80
2033	46,40
2034	46,00
2035	45,80

Rentenniveau Brutto abzgl. SV,
ohne Steuern



Wird das Rentenniveau als Brutto- oder Nettowert angegeben?

Das Rentenniveau wird von der gesetzlichen Rentenversicherung als Netto-

Wert **vor Steuern** angegeben. Von der standardisierten Rente werden die Sozialabgaben (Kranken- und Pflegeversicherung) abgezogen.

Vom durchschnittlichen Brutto-Einkommen werden ebenfalls die Sozialabgaben (Kranken-, Pflege-, Renten- und

Arbeitslosenversicherung) abgezogen. **Steuern werden nicht**

berücksichtigt, da mit Einführung der nachgelagerten Besteuerung seit 2005 Renten nicht mehr einheitlich besteuert werden.

Was kann das für Sie bedeuten?

Entwicklung des Beitragssatzes, des Durchschnittsentgelts und der Rente* bis 2037

Jahr	Beitragssatz BBG z zur GRV jährlich		Höchstbeitrag im Monat	Jahresdurchschnittsentgelt	aktueller Rentenwert	Brutto-standard-rente* mtl.	Renten-steigerung gegenüber Vorjahr	Rente in % des mtl. Durchschnittsentgelts
	in %	in €	in €	in €	in €	in €	in %	in %
2023	18,6	87.600	1.357,80	43.142	37,60*	1.692	4,39	47,10
2024	18,6	90.600	1.404,30	45.358	39,32	1.769	4,57	46,80
2025	18,6	96.000	1.488,00	49.391	40,17	1.808	3,21	43,90
2026	18,6	100.800	1.562,40	51.443	41,69	1.876	3,78	43,80
2027	18,6	103.800	1.608,90	51.250	43,30	1.949	3,86	45,60
2028	18,7	107.400	1.673,65	52.589	44,43	1.999	2,61	45,60
2029	19,9	110.400	1.830,80	54.166	45,52	2.048	2,45	45,40
2030	20,2	113.400	1.908,90	55.791	45,93	2.067	0,90	44,50
2031	20,2	117.000	1.969,50	57.465	46,87	2.109	2,05	44,00
2032	20,6	120.600	2.070,30	59.188	48,00	2.160	2,41	43,80
2033	20,7	124.200	2.142,45	60.964	48,92	2.201	1,92	43,30
2034	20,9	127.800	2.225,85	62.792	50,08	2.254	2,37	43,10
2035	21,1	131.400	2.310,45	64.676	51,23	2.305	2,30	42,80
2036	21,1	135.600	2.384,30	66.616	52,45	2.360	2,38	42,50
2037	21,1	139.800	2.458,15	68.614	53,91	2.426	2,78	42,40

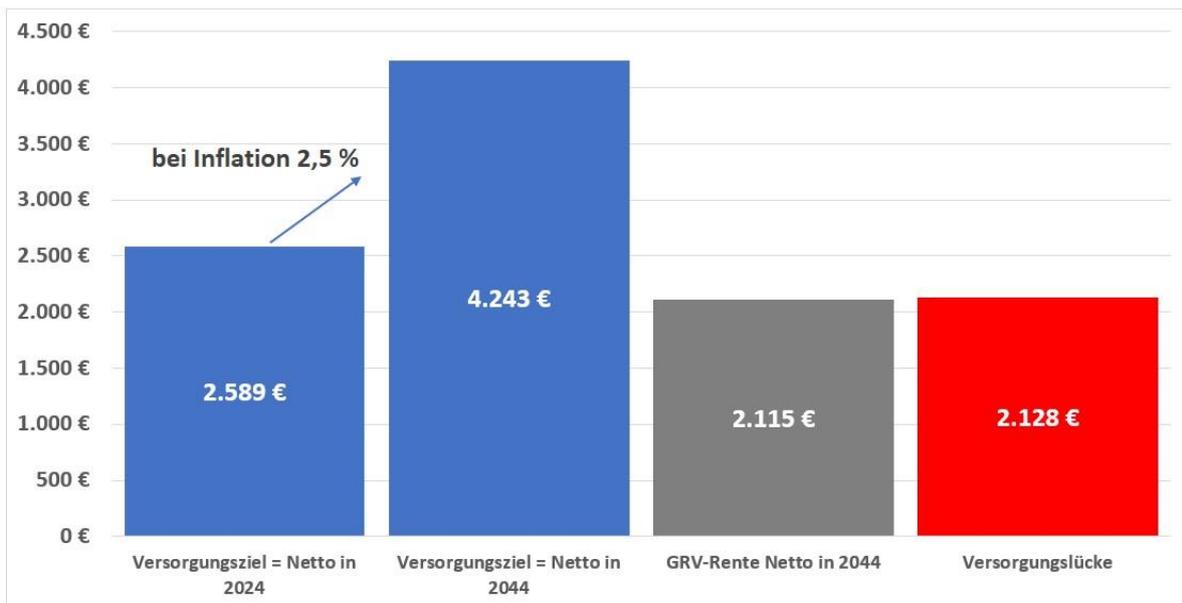


Quelle: Rentenversicherungsbericht 2023 der Bundesregierung; aktueller Rentenwert, Bruttostandardrente, Rentensteigerung und Rente in % 2024 nach Rentenwertbestimmungsverordnung 2024;

*Brutto-Altersrente zum 1. Juli eines Jahres nach 45 Beitragsjahren aus Durchschnittsverdiensten (Rente für 45 Entgeltpunkte)

Quelle: Schalloehr-Verlag Info

Bruttoeinkommen 2024	Nettoeinkommen 2024	2024 Versorgungsziel = Netto in 2024	2,50% bei Inflation -> Faktor	2044 Versorgungsziel = Netto in 2044	GRV-Rente Netto 2024	GRV-Rente Netto in 2044	Versorgungslücke
4.000 €	2.589 €	2.589 €	1,64	4.243 €	1.291 €	2.115 €	2.128 €



GRV-Rente abzgl. SV und Steuern

Notizen

Weitere Informationen in Form von Präsentationen finden Sie hier:

Zu Anlagemöglichkeiten wie:



Wie beteilige ich andere an meinem Vermögensaufbau und spare Steuern

Wie partizipiere ich an der erfolgreichen Arbeit von Millionen Menschen?



Wie sichere ich mein Geld vor Wertverfall?

Die wichtigsten 10 Tipps wie Sie Ihr Geld richtig anlegen und damit sorgenfreier leben

